

Berlin steht für Deutschland

Regierungserklärung Brandts nach Neubildung des Senats

Berlin (Eigenbericht). Unmittelbar nach der Wahl des neuen Berliner Senats hat der Regierende Bürgermeister Brandt vor dem Abgeordnetenhaus in seiner Regierungserklärung betont, der Berliner Bevölkerung sei in dem Ringen der deutschen Nation um die Wiederherstellung ihrer volklichen und staatlichen Einheit eine besondere Aufgabe zugewiesen. Sie müsse jenen Geist der Selbstbehauptung wachhalten und immer wieder neu beleben, der in Berlin „in dunklen Tagen“ entfacht worden sei und der die Haltung der westlichen Welt beeinflusste.

Berlin bekenne sich, so fuhr Brandt fort, zur Einheit im Lager des Westens und zur steten Verhandlungsbereitschaft ohne Preisgabe eigener Lebensinteressen. Die Stadt bekenne sich weiter zur „größtmöglichen Einheit bei gegenseitiger Achtung auch im eigenen Volk“, damit alle Energien auf den jeweils entscheidenden Punkt konzentriert werden könnten.

Vor Abgabe der Regierungserklärung hatten die Abgeordneten auf Vorschlag von Brandt die Mitglieder des neuen Senats mit Ausnahme des Arbeits- und Sozialsenators einstimmig durch Zuruf in einem Wahlvorgang gewählt. Der Senat setzt sich wie folgt zusammen: Regierender Bürgermeister: Willy Brandt (SPD); Bürgermeister: Franz Amrehn (CDU); Bundesangelegenheiten und gleichzeitig Post- und Fernmeldewesen: Dr. Günter Klein (SPD); Inneres: Joachim Lipschitz (SPD); Justiz: Dr. Valentin Kielinger (CDU); Volksbildung: Professor Dr. Joachim Tiburtius (CDU); Jugend und Sport: Frau Ella Kay (SPD); Bau- und Wohnungswesen: Rolf Schwedler (SPD); Wirtschaft und Kredit: Dr. Paul Hertz (SPD); Verkehr und Betriebe: Otto Theuner (SPD); Finanzen: Joachim Wolff (CDU); Gesundheitswesen: Dr. Hans Schmiljan (CDU).

Die Richtlinien der Senatspolitik

Zu Beginn seiner „Erklärung über die Richtlinien der Regie-

rungs politik“, die 27 Druckseiten umfaßt, gab Brandt einen ausführlichen Überblick über die weltpolitische Krise um Berlin. Er erklärte, Berlin könne nur hoffen, daß auf dem Wege zur Lösung der deutschen Frage und des damit zusammenhängenden Problems der Sicherheit doch noch in näherer Zukunft Fortschritte erzielt werden. Die Kopplung mit anderen Problemen dürfe aber nicht dazu führen, daß „unser Freiheitsanspruch Schaden leidet“. Es gebe keine isolierte Lösung des Berliner Problems.

An die Adresse jedes „einzelnen in Berlin selbst und im deutschen Westen“ richtete Brandt im Namen des Senats den Appell, nicht durch kurzfristige Handlungen in Gefahr zu bringen, was die verantwortlichen Stellen positiv zu gestalten bemüht seien. Zum Beispiel müsse auch vor dem „Abwerben“ von Berliner Fachkräften aus übergeordneten Gründen nachdrücklich gewarnt werden.

Kein Experimentierfeld

Im Zusammenhang mit der Krise um Berlin und mit den angeblichen Spionage- und Agentengruppen hat Brandt ferner die Berliner, sich jeglicher Art von Tätigkeit zu enthalten, die dem Osten willkommenen Vorwand für die Behauptung bieten könne, von Berlin aus würden bedrohliche Aktionen gegen den Ostblock

unternommen. Berlin — so fuhr Brandt fort — werde sich allerdings auch durch noch so wortstarke Drohungen nicht darin beirren lassen, im Rahmen der Möglichkeiten und mit Hilfe des Bundes eine Heimstätte für jene Landsleute zu bleiben, die fast 14 Jahre lang nach Kriegsende noch immer zu Flüchtlingen im eigenen Vaterlande werden mußten.

Der Senat wolle — so betonte Brandt — nicht die kommenden Belastungen verschleiern. Der Nervenkrieg werde sich vermutlich noch steigern. Sollten die östlichen Machthaber aber beabsichtigen, die öffentliche Ordnung durch bestimmte Aktionen zu stören, die noch keinen Angriff im Sinne der Sicherheitsgarantien der westlichen Schutzmächte darstellten, so sollten sie sich gesagt sein lassen, daß solche Versuche an der Haltung der Berliner scheiterten. Wörtlich sagte Brandt: „Westberlin ist kein Experimentierfeld für völkdemokratische Manöver“. Trotz der gegenwärtigen Situation hätten die Berliner jedoch allen Grund, mit Ruhe, Gelassenheit und gesundem Selbstvertrauen in die Zukunft zu schauen.

Wirtschaftliche Unterstützung

Der sowjetischen bzw. sowjetdeutschen Kampagne sei es nicht gelungen, das Vertrauen in die wirtschaftliche Stabilität Berlins zu erschüttern. Die ökonomische Lage der Stadt gebe keinen Anlaß zu Besorgnissen besonderer Art. Man werde alle Anstrengungen unternehmen, um die Beschäftigungslage so günstig wie möglich zu gestalten. Nottfalls müßte die öffentliche Hand durch die Erweiterung öffentlicher Arbeitsvorhaben tätig werden.

Mikojan — und die Folgen

K. W. B. Die Reise Mikojans durch die Vereinigten Staaten von Amerika ging zu Ende. Die Augen gehen daran, abzuschätzen, wem sie mehr genutzt hat: Dem Besucher oder den Besuchten. Die Mikojan-Fahrt war ja keine Staatsfahrt. Sie hat nichts mit den Lächel-Touren zu tun, die in den heiteren Jahren der Koexistenz Nikita Chruschtschow mit seinem nun verbannten Nikolai Bulganin rund um die des Bolschewismus überdrüssige Welt unternommen hatte. Niemand hatte Mikojan eingeladen. Chruschtschows erster Stellvertreter in der Sowjetregierung nahm es sogar auf sich, seine Wirbeltour quer durch die Vereinigten Staaten als ein Stück seines Urlaubs, also als ein Stück weltfreundigen Kenntnis- und Reisedrangs werten zu lassen. Seine Stationen auf diesem Trip hält kaum der gewissenhafteste Chronist fest; denn Mikojan hat sich nicht nur mit Komikern und Filmschönheiten, mit Drugstore-Verkäufern und Automobil-Industriellen, mit Wallstreet-Bankiers und bonbonlut-schenden Kindern ins Gespräch gedrängt, sondern er hat natürlich auch die Türen zum Kapitol und zu den Häusern der sehr eigenwilligen amerikanischen Senatoren und Deputierten geöffnet.

*

Bei seiner Bilanz wird Mikojan ganz besonders für sich das Urteil in Anspruch nehmen: Sieh mal an, die Sowjets, das sind doch ganz passable und gar nicht so sture Leute... Er wird in dieser Bilanz gewiß übersehen, daß ihm, wo immer sein Wagen Menschen begegnete, Eier und Tomaten auf das Dach flogen, trauerumflore Nationalfahnen osteuropäischer Länder seinen Empfang umstanden und viele von Eisenhower ihm zum Schutz präsentierte kräftige Polizisten ihn vor handgreiflichen Kundgebungen bewahrten. Im Innern der Sitzungssäle, in den Direktionszimmern der Kapitalkräftigen insbesondere widerfuhr ihm kein Leid; ja, wenn man schon

alle Berichte über die so emsig angesteuerten Stationen der Mikojan-Reise richtig bewertet, fand der Moskauer Gast frostigere Temperaturen, wenn er mit Arbeitern und Gewerkschaftlern, aber viel wärmeres Interesse, wenn er mit den Herren der kapitalistischen Aristokratie zusammentraf.

*

Wie Mikojan diese Eindrücke nach seiner inzwischen erfolgten Heimkehr ordnen mag, um sie Chruschtschow auf den Gabentisch seines so wichtigen Parteikongresses zu legen, wird man abwarten müssen. Gewiß hatte Mikojan die günstigste Position. Er kam nicht als Regierungschef. So war seine Rolle viel legitimer auf das Erhören, auf das Hinhören, auf das Erforschen gerichtet. Und wenn man ihm Pläne und Projekte abverlangte, konnte er viel eher im Unverbindlichen und in der Meinung verbleiben. Seine Äußerungen in diesen zwei Wochen peilen wohl mehr als ein dutzendmal die Frage Berlin und Deutschland an. Und Mikojans Gesprächspartner wissen auch von Einzelheiten zu berichten, die mit der Linie des Moskauer Bombardements nicht übereinstimmen. Man hört von Anknüpfungen an frühere, längst verschollen geglaubte Pläne, aber auch wieder von der Verbindlichkeit der neuen, die jede Diskussion ausschließen. Das politische Bild, das Mikojan hinterließ, läßt keine Einsicht in das zu, was wir an Verhandlungsmöglichkeiten mit Moskau erwarten könnten.

*

Wohl aber nimmt Mikojan ein, wie uns scheint, sehr wichtiges amerikanisches Bild mit in die Zentrale der sowjetischen Weltbeherrschung. Er hatte ein Amerika kennengelernt, das sich dem sowjetischen Reisenden in sehr vielgestaltigen Denkformen präsentierte. Das Nonkonformistische an den Vereinigten Staaten hat Mikojan vor allem auch im Verständnis für manche sowjetische Vorstellung erlebt. Er ist vielen Menschen und Politikern begegnet, die anders dachten als die Regierung in Washington; er hat Rußland-Freunde und neutralisierende Fellow-Travelers getroffen und hat bei den wirtschaftlichen Größen des

amerikanischen Lebens ganz und gar andere Typen gesehen als die, die die kommunistische Ideologie für den Begriff Wallstreet bereithält. Wenn nicht alles täuscht, ist er aber in diesem freien Land auf eines immer und überall gestoßen: auf die einhellige Meinung darüber, daß Amerika in Sachen Berlin und Deutschland auf der Seite des freien Deutschland steht. Er hat zur Kenntnis genommen, daß die amerikanische Politik in diesem Punkt in erstaunlicher Weise ein in so vielen Denkartens sonst zersplittertes Volk hinter sich hat.

*

Es läßt sich schwer denken, daß Mikojan in seinem Reisekoffer nicht dies als eines der schwersten Stücke mit nach Hause nehmen wird: Daß man mit Amerika auf die Dauer nur ins reine kommen kann, wenn man sich dazu bereit findet, die Bedrohung Deutschlands einzustellen. Alle Welt weiß, wie sehr Moskau an dem großen Gespräch mit Amerika liegt. Mikojan sprach davon, daß die Sowjetunion es als einen ihrer glücklichsten Tage ansehen würde, wenn Eisenhower sich entschließen könnte, ihr einen Besuch abzustatten. In diesem Wunsch drückt sich die ganze politische Sehnsucht der Weltmacht Sowjetunion aus, die um der Teilung der Weltherrschaft mit Amerika willen bereit wäre, von ihren Prinzipien und Besitztümern ganz gewiß ein gut Teil dranzugeben.

Wer solches gewichtige Verlangen Moskaus versteht, wird sich aufs neue über die Rätsel-süchtigen wundern, die in die amerikanische Politik Ansätze zu einem „anderen Weg“ hineingeheimnissen. Als Mikojan seine Reise begann, haben wir hier auf die Spekulationen hingewiesen, die Teilen der amerikanischen Politik die Absicht unterschob, sie könnten einen Weg des Ausgleichs mit der Sowjetunion suchen, der über unsere Köpfe hinweggeht. Wir haben immer zu den anderen gehört, die in der festen Verbindung der deutschen mit der amerikanischen Politik eine Garantie für die Politik der Freiheit ganz Deutschlands sehen. Jetzt zeigt sich, wie sehr es in unserem Nutzen liegen muß, die Amerikaner hier an unserer Seite zu wissen.

Bonn glaubt nicht an Friedenskonferenz

Viermächte-Gremium wieder im Gespräch — Zustimmung Moskaus zweifelhaft

W. Bonn (Eigenbericht). Eine Friedenskonferenz über Deutschland, wie sie von der Sowjetunion vorgeschlagen worden ist, wird aller Voraussicht nach nicht stattfinden. Die diplomatischen Vorbesprechungen des Westens sind — wie in Bonn zu erfahren war — so weit gediehen, daß man mit einiger Sicherheit sagen kann, dieser sowjetische Vorschlag werde zurückgewiesen werden. Dagegen werden die Westmächte wahrscheinlich den Gedanken aufgreifen, Viermächte-Besprechungen einzuleiten, die sich jedoch nicht auf die Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages beschränken, sondern die deutsche Frage als Ganzes und im Zusammenhang mit der europäischen Sicherheit behandeln sollen.

Aus dem Bundeskanzleramt verlautete, daß Dr. Adenauer an die Einsetzung einer „ständigen Viererkonferenz“ der drei Westmächte und der Sowjetunion denke. Diese Nachricht brachte der Fraktionsvorsitzende der DP im Bundestag, Schneider, mit, als er mit Adenauer gesprochen hatte. Angeblich soll diese „ständige

wogen wird, der weitgehend mit der früheren Forderung des Bundestages und der Bundesregierung, ein Viermächtegremium zur Behandlung der deutschen Frage einzusetzen, übereinstimmen würde. Allerdings hat die Sowjetregierung diesen Vorschlag schon wiederholt abgelehnt.

Ein Gegenvorschlag ?

Über die Ablehnung einer Friedenskonferenz und den Gegenvorschlag, unter den vier ehemaligen Besatzungsmächten neue Verhandlungen aufzunehmen, besteht einigermaßen Klarheit. Dagegen ringt man in

Bonn noch immer lebhaft um die Frage, ob die Westmächte und die Bundesregierung, die in dieser Sache keinen isolierten Vorstoß ohne die Westmächte unternehmen will, dem sowjetischen Entwurf zu einem deutschen Friedensvertrag auch eigene Gegenvorschläge entgegenstellen sollen. Eine Gruppe maßgebender Politiker hält diesen Versuch für ziemlich sinnlos, weil die Sowjets offenbar zur Zeit doch nicht bereit seien, ernsthaft zu verhandeln. Eine andere Gruppe tritt jedoch entschieden dafür ein, eigene Vorschläge auszuarbeiten, um der Weltöffentlichkeit und dem deutschen Volk zu zeigen, daß man in Bonn und in den westlichen Hauptstädten nicht untätig sei. Allerdings dürfte es sich, wenn diese zweite Gruppe obsiegt, weniger um Gegenvorschläge zu einem deutschen Friedensvertrag handeln, als um ein umfassendes Projekt für die Wiederherstellung der deutschen Einheit und der Sicherheit in Mitteleuropa.

Universität nicht beteiligt

FU-Senat zum Atomkongreß Berlin (Eigenmeldung). Der Senat der Freien Universität hat in einer Erklärung nachdrücklich betont, daß er in den Räumen der Universität kürzlich abgehaltene Studentenkongreß gegen die Atomrüstung ohne mittelbare oder unmittelbare Beteiligung der Universität stattgefunden habe. Nur die Räume seien für diesen Zweck vermietet worden. Wie es in der Erklärung weiter heißt, sieht sich der Senat nicht veranlaßt, zu den Vorgängen auf diesem Kongreß und seinen Ergebnissen Stellung zu nehmen. Kein Organ der Selbstverwaltung der Universität sei befugt, sich zu politischen Fragen zu äußern, die nicht in seinen Arbeitsbereich gehören.

Konferenz“ sich weder aus Ministern noch aus stellvertretenden Ministern zusammensetzen, sondern aus Ministerialdirektoren, also aus Beamten der höchsten Kategorie. In politischen Kreisen entstanden aber rasch Zweifel, ob Schneider den Kanzler ganz richtig verstanden habe. Eine Bestätigung von Regierungssseite war nicht zu erhalten. Immerhin ist es möglich, daß ein solcher Plan er-

Westliches Zugeständnis in Genf

Ormsby-Gore: Russen müssen ihre Bereitschaft beweisen

Genf (ap). Die Vereinigten Staaten und Großbritannien haben sich auf der Genfer Konferenz über eine kontrollierte Einstellung der Atomwaffenversuche zu einem Zugeständnis gegenüber der Sowjetunion bereit erklärt. Die Westmächte teilen mit, daß sie nicht mehr auf einer Koppelung von zeitlicher Dauer des Versuchsstopps mit Fortschritten auf dem gesamten Gebiet der Abrüstung bestünden. Die Vertreter der westlichen Delegationen betonten jedoch erneut, daß ein Vertrag über die Einstellung der Versuche nur solange in Kraft bleiben dürfe, wie das internationale System der Überwachung funktionsfähig sei.

Der britische Delegationsführer Ormsby-Gore erklärte vor Pressevertretern: „Wir haben unsere aufrichtige Entschlos-

senheit bewiesen, zu einer Übereinkunft zu gelangen. Wir wünschen nun, daß die Russen ihre Bereitschaft beweisen, ein wirksames internationales Kontrollsystem zu akzeptieren.“

Sorge um politische Lage

Berlin (Eigenbericht). Die Sorge um die angespannte politische Lage stand im Mittelpunkt der Besprechungen des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland auf seiner Tagung in Berlin. Unter Vorsitz von Bischof Dibelius wurden im einzelnen die Besorgnisse erörtert, die dem Rat aus den verschiedensten Kreisen der evangelischen Bevölkerung angesichts der gegenwärtigen Situation nahegebracht worden sind.

Jetzt Prämien für Ferkelaufzucht

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

B. Berlin (Eigenbericht)

Kaum war der Entwurf eines Friedensvertrages von Moskau veröffentlicht, begannen in der Sowjetzone die Schulungen, die Konferenzen, die Demonstrationen, Selbstverpflichtungen und begeisterten Zustimmungen. Die Parteimaschine der SED arbeitet mit einer Präzision, über die alle Planer immer wieder erstaunt sind. Würde die Arbeit der Bedarfsforscher ebenso klappen wie die Propaganda über Friedensvertrag und Sonnensputnik, gäbe es schon lange keine Engpässe in der Versorgung mehr.

LEIPZIG

Zeitpläne für Studenten. „Nicht nur im Studienplan, sondern in der Studienauffassung soll es Veränderungen geben“, schreibt die „Leipziger Volkszeitung“. „Wir ziehen alle Studenten regelmäßig zur Rechenschaft, wenn sie bummeln, und helfen ihnen, planmäßig zu arbeiten und das wissenschaftliche Niveau zu erhöhen. Darum gibt es jetzt Zeitpläne für die Studenten, aus denen hervorgeht, in welcher Zeit welche Praktika zu absolvieren sind.“

Pläne der chemischen Industrie. Heute entfällt auf 100 Belegschaftsmitglieder ein Hochschulabsolvent und ein Fachschulabsolvent auf 50 Belegschaftsmitglieder. Bis 1965 ist das Verhältnis so zu verbessern, daß auf 21 Belegschaftsmitglieder ein Hochschulabsolvent und ein Fachschulabsolvent auf 19 Werktätige fällt.

Zur LPG-Konferenz in Leipzig: „Der Rinderbesatz der LPG ist bis zum Jahre 1960 auf 73 Stück und der Kuhbesatz auf 39 Stück je 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche zu erhöhen.“ Zu der Arbeit der SED-Funktionäre wurde auf einem Ausspracheabend einer LPG in Sörnnewitz, Leipziger Land, erklärt: „Die SED-Funktionäre kommen bloß, wenn sie etwas von uns wollen, sie kommen immer erst, wenn es brennt.“

Großer Erfolg des Leipziger Kammertrios. Junge Mitglieder

des neuen Gewandhausorchesters haben mit ihren Bach-Abenden große Begeisterung ausgelöst. Bei einem Cembalokonzert d-moll spielten sie vor ausverkauftem Haus.

Humor in der Pfeffermühle. In Leipzigs Kabarett ist täglich das lustige Programm zu sehen: „Humor ist aller Laster Anfang“.

ROSTOCK

„Moral in Seeholm.“ Der 75-jährige Rostocker Komponist Carlfriedrich Pistor hat zur Ostseewoche eine Oper „Moral in Seeholm“ geschaffen. Im Mai 1959 soll sie in Greifswald uraufgeführt werden. Die Rostocker „Ostseezeitung“ schreibt: „Die offene Parteilichkeit für unseren sozialistischen Aufbau ist ein Zeichen für die Verbundenheit des Künstlers mit der Arbeiterklasse.“ Pistor hat ein Chorwerk „Erster Spatenstich“ mit Sologesang und Schlußchor „Am Rostocker Hafen“ geschaffen.

Lehrer am Schraubstock. Ein Praktikum für alle Lehrer, die am polytechnischen Unterricht teilnehmen, wurde in der Warnowwerft Rostock durchgeführt. Lehrer sollen die Facharbeiterprüfung ablegen oder wenigstens das Schweißen erlernen.

Trawler „Erfurt“ ruft alle Schiffe: „Alle Trawler und Logger der Hochseefischerei sollen aus Dankbarkeit gegenüber den Friedensvorschlägen der UdSSR an dem Kampf um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit teilnehmen“. Die jungen Fischer kabelten u. a.: „Eine sozialistische Besatzung zeichnet sich nicht durch übermäßigen Alkoholgenuß und Schmutzgelei aus, sondern durch moralische Sauberkeit, Ehrlichkeit und eine klare Einstellung zur Republik.“

HALLE

Politische Gespräche mit Frauen. „Ich habe so oft versucht, mit meiner Frau politische Gespräche zu führen“, erklärte ein junger Destillateur in Halle auf einem Forum,

„aber sie zeigt kein Interesse.“ Der Parteisekretär assistierte: „Bei meiner Frau war das ähnlich, aber steter Tropfen höhlt den Stein.“

Zur Hebung des Niveaus der täglichen Arbeit werden sich neun Brigademitglieder qualifizieren, und zwar drei zu Kesselschweißern, zwei für die Elektroschweißprüfung, einer zum Meister, einer für die Schweißerprüfung und zwei für die Schweißergrundprüfung.

Versorgung mit Energie gefährdet. Weil die Energieversorgung im Stadtgebiet von Halle gefährdet ist, soll ab sofort eine Arbeitszeitstaffelung eingeführt werden. Auf diese Weise sollen die städtischen Verkehrsbetriebe im Berufsverkehr entlastet und die Versorgung der Industrie mit Strom gewährleistet werden. Die Öffnungszeiten der Kinderkrippen und der Geschäfte müssen verändert und die Wechselschichten aufeinander abgestimmt werden.

Die bessere Ferkelaufzucht. Um die Fleischversorgung zu erhöhen, wurde in Halle bekanntgegeben: „Für jedes 7. und darüber hinaus bis zu 8 Wochen aufgezogene Ferkel eines Wurfs in der Zeit vom 1. Januar bis 30. November 1959 wird eine Prämie von 10 Mark gewährt. Darüber hinaus gibt es für jede Sau, die in der Zeit vom 1. April bis zum 30. November 1959 abferkelt, eine Prämie von 30 Mark.“

BAUTZEN

Wandlungsprozeß im Denken des Mittelstandes. Man soll nicht mehr als Handwerker, Einzelhändler oder privater Unternehmer denken, sondern nur noch als Staatsbürger. Meinungen und Argumente, die Russen müßten aus dem Mitteldeutschland jenseits der Elbe verschwinden, seien eine leider verbreitete, aber gefährliche Auffassung.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.

Botschafter Kroll im Kreml

Einstündiges Gespräch mit Sorin — Bonn skeptisch über Viererkonferenz

Moskau/Bonn (Eigenbericht/ap). In Moskau hatte der Botschafter der Bundesregierung, Kroll, eine fast einstündige Unterredung mit dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Sorin. Wenn auch über den Inhalt des Gespräches strengstes Stillschweigen gewahrt wurde, gilt es doch als sicher, daß die Berlin-Frage das Hauptthema war. In Bonner Regierungskreisen zweifelt man im Gegensatz zu manchen optimistischen Äußerungen in den westlichen Hauptstädten immer mehr daran, daß es in der nächsten Zeit zu einer Außenministerkonferenz der Großmächte kommen wird. Erst recht glaubt man nicht an eine nahe bevorstehende Gipfelkonferenz.

Aller Voraussicht nach wird der Westen in dem regen diplomatischen Austausch der nächsten Wochen und Monate darauf bestehen, daß eine „Konferenz auf hoher Ebene“ nur nach einer gründlichen Vorbereitung durch Sachverständige sinnvoll wäre. Der Besuch Mikojans in Amerika

Konferenz eine „große Schau“ zu liefern, mit der sie die neutrale Welt beeindruckt, ohne in Wirklichkeit etwas zur Verminderung der Spannungen beizutragen. Deshalb werden die Westmächte aller Voraussicht nach darauf beharren, daß zunächst ein Arbeitskreis von hohen Beamten und Diplomaten der vier Großmächte eingesetzt wird, um eine Lösung der aktuellen Probleme vorzubereiten. Es ist möglich, daß der Westen zu diesem Zweck eigene Vorschläge unterbreiten wird, die sich dann aber nicht auf die Berlin-Frage und die deutsche Friedensregelung beschränken, sondern auch die

europäische Sicherheit und eine kontrollierte Abrüstung umfassen dürften.

Wegner hat einen Plan

Der stellvertretende SPD-Parteivorsitzende Herbert Wegner hat einen „Dreierplan“ für die Lösung der Deutschlandfrage und des Problems der europäischen Sicherheit vorgelegt. Darin fordert er

1. eine ständige Viermächte-Kommission unter Einbeziehung beider Teile Deutschlands zur Vorbereitung eines Friedensvertrages und der Übergangbestimmungen für die europäische Sicherheit,

2. eine Kommission unter Teilnahme von europäischen Staaten, die Angehörige des Warschauer- und des NATO-Paktes sind und eine Sicherheitsregelung für Europa unter Berücksichtigung aller hierzu gemachten Vorschläge,

3. die Bildung einer UNO-Kommission zur Unterstützung der deutschen Wiedervereinigung.

Verfügung in Hamburg

Hamburg (dpa). Auch gegen den Drucker der von dem Hamburger Holzkaufmann Friedrich Nieland verfaßten antisemitischen Hetzbrochüre ist jetzt eine einstweilige Verfügung ergangen, die ihm eine weitere Verbreitung des Pamphlets untersagt.

Der Hamburger Landgerichtsdirektor Dr. Budde, unter dessen Vorsitz die Erste Kammer des Landgerichts eine Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Nieland abgelehnt hatte, hat inzwischen um Polizeischutz gebeten, da er zahlreiche Drohungen erhalten habe.

hat aber, wie man hört, keine Anzeichen dafür erbracht, daß die Sowjetregierung sich auf diesen Weg begeben will.

Im alten Kurs

Trotz der regen Aktivität der Sowjetunion sieht der Westen heute im allgemeinen keinen Grund, von dem während des ganzen vergangenen Jahres verfolgten Kurs abzugehen, der etwa lautete: Wir werden Chruschtschow und der Sowjetregierung nicht die Chance bieten, auf einer internationalen

Maßnahmen gegen Rassenhetze

Bundesregierung bereitet Änderung der Strafgesetze vor

W. Bonn (Eigenbericht). Überraschend hat sich die Bundesregierung entschlossen, noch vor der Großen Reform des Strafrechts den Schutz für bestimmte rassische, religiöse und nationale Gruppen der Bevölkerung in der Bundesrepublik zu verbessern. Der letzte Anlaß war der Hamburger „Fall Nieland“, mit dem Bürgermeister Brauer vor einigen Tagen Bundeskanzler Dr. Adenauer alarmiert hatte. Da die Hamburger Gerichte Nieland und seinen Drucker trotz der in seiner Schrift enthaltenen massiven antisemitischen Hetze zunächst durch die Lücken des Gesetzes hatten schlüpfen lassen, soll der Paragraph 130 des Strafgesetzbuches jetzt schärfer gefaßt werden.

Nach dem neuen Gesetzestext soll mit Gefängnis von wenig-

stens drei Monaten bestraft werden, wer „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise 1. zum Haß gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe aufstachelt, sie beschimpft oder böswillig verächtlich macht oder 2. wider besseres Wissen verunglimpfende Behauptungen tatsächlicher Art über diese Gruppen aufstellt oder verbreitet“. Neben der Gefängnisstrafe kann auch eine Geldstrafe verhängt werden. Man sagt dem neuen Gesetz, das sich auf diesen Punkt beschränkt, eine kurze Laufzeit im Parlament voraus, da die Empörung über den „Fall Nieland“ allgemein ist. Freilich wird dieses Gesetz auf Nieland selbst nicht mehr angewandt werden können.

Berlin-Frage einigt den Europarat

Moskaus Vorschläge einstimmig zurückgewiesen — Ost-West-Verhandlungen gefordert

L. Straßburg (Eigenbericht). Unter lauter Akklamation für den anwesenden Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, hat die Beratende Versammlung des Europarates in einer einstimmig angenommenen Resolution die sowjetischen Berlin-Vorschläge zurückgewiesen und gleichzeitig Ost-West-Verhandlungen über das Deutschland-Problem gefordert. Diese Verhandlungen müßten „sowohl die unabdingbaren Rechte der Westberliner Bevölkerung gewährleisten“ als auch der Weg zu einem „annehmbaren Abkommen unter Berücksichtigung des Sicherheitsbedürfnisses aller interessierten Staaten“ sein.

Die Berlin-Resolution besagt im einzelnen: Keine internationale Abmachung kann einseitig aufgehoben werden. Die Sowjetregierung bleibt auch weiterhin durch die in den Abkommen der Jahre 1944, 1945 und 1949 enthaltene Garantieung Berlins durch westliche Truppen und des freien Zugangs zu den westlichen Sektoren gebunden. Die Westberliner haben ihr Bekenntnis zur Demokratie und zu Freiheit unmißverständlich in den Wahlen vom 7. Dezember 1958 bekundet. Ihre Freiheit kann nicht gewährleistet werden, wenn die Stadt isoliert wird und sowjetische Truppen unter dem geringsten Vorwand einmarschieren können. Es war richtig, daß die Westmächte in Erfüllung ihres gegebenen Wortes einmütig und fest die sowjetischen Vorschläge ablehnten.

In den letzten Stunden vor der Abstimmung hatte die Mehrzahl der Redner ihre Befriedigung darüber ausgedrückt, daß der Europarat trotz der Zusammensetzung aus Parteien verschiedenster Richtung die notwendige Einigkeit in der für den Weltfrieden entscheidenden Berliner Frage gefunden und damit sogar die Gegensätze überwunden habe, die noch vor wenigen Monaten die Annahme einer Resolution zur Ost-West-Entspannung verhindert hatte. Allerdings unterstrich der schwedische Sozialist Elmgren, daß für einen Teil der Versammlung der Akzent auf der Empfehlung baldiger Verhandlungen liege.

Deutschland im Unterhaus

Die Deutschlandfrage stand im Mittelpunkt der Sitzungen des britischen Unterhauses und des norwegischen Storting.

Im Unterhaus erklärte Premierminister Macmillan, er sei für Teilnahme an einer Gipfelkonferenz, auf deren Tagesordnung ausschließlich die Berliner Frage stehe. Er verwies darauf, daß man britischerseits auf einer Zusammenkunft der Regierungschefs gerne auch das Problem der europäischen Sicherheit besprechen würde, aber „eine engere Basis“ zu akzeptieren bereit sei, sofern im Verlauf der Diskussion die Möglichkeit zur weitergehenden

Erörterung geboten werde. Es sei das erklärte Ziel der britischen Regierung, daß Deutschland durch freie Wahlen wiedervereinigt werden sollte und eine gesamtdeutsche Regierung das Recht haben müsse, ihre Innen- und Außenpolitik selbst zu bestimmen.

Als der außenpolitische Sprecher der Labour Party, Bevan, Macmillan auf die Erklärung von Außenminister Dulles aufmerksam machte, daß freie Wahlen nicht notwendigerweise der einzige Weg zur deutschen Wiedervereinigung seien, antwortete der Premierminister, er stimme in dieser Frage mit Dulles überein. Er wiederholte die schon früher geäußerte Bereitschaft seiner Regierung, über alle Vorschläge zu verhandeln, die darauf zielen, die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit herbeizuführen.

Keine Isolierung Deutschlands

Eisenhower lehnt sowjetische Pläne entschieden ab

Washington (ap). Präsident Eisenhower hat vor dem amerikanischen Presseklub in Washington die sowjetische Deutschlandpolitik, die, wie er sagte, auf eine Isolierung, Entmilitarisierung und Neutralisierung des Landes gerichtet sei, abgelehnt und erklärt, eine derartige Politik sei unwirksam. In gleicher Weise hatte sich einen Tag zuvor Außenminister Dulles auf seiner Pressekonferenz geäußert.

Der Präsident sagte, sein Land sei bereit, den Sowjets Zusicherungen dafür zu geben, daß der deutsche Militarismus nicht wieder auflebe. Er, Eisenhower, hege überdies die Zuversicht, daß die Deutschen in Frieden und Freiheit zu leben wünschten. Er fügte hinzu, bei seiner Begegnung mit dem stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Mikojaan werde er keinen neuen, genau definierten Vorschlag unterbreiten, wohl aber die verschiedenen sowjetischen und amerikanischen Vorschläge über Deutschland und Europa erörtern.

Die USA befürworteten keinesfalls eine uneingeschränkte Aufrüstung Deutschlands in dem Sinne, wie es Hitler einst versuchte, betonte der Präsident, vielmehr wünschten sie eine so enge wirtschaftliche und militärische Verflechtung Deutschlands mit den anderen europäischen Nationen.

Chrutschow nach Oslo?

Oslo (ap/dpa). Die nordischen Staaten werden vermutlich am Wochenende entscheiden, ob sie den sowjetischen Ministerpräsidenten Chrutschow zu einem Besuch nach Dänemark, Schweden und Norwegen einladen sollen. Eine Einladung Chrutschows war ursprünglich bereits 1956 geplant gewesen, nachdem die Ministerpräsidenten Dänemarks, Norwegens und Schwedens die sowjetische Hauptstadt besucht hatten. Infolge der sowjetischen Intervention in Ungarn kühlten sich jedoch die Beziehungen zwischen den skandinavischen Staaten und der Sowjetunion ab, und die geplante Einladung unterblieb.

Entspannung Bonn — Kairo

Nasser stellt Äußerungen Grotewohls richtig

W. Bonn (Eigenbericht). Mit Erleichterung wurde in Bonn festgestellt, daß die Bundesrepublik noch einmal an einem schweren Konflikt mit den arabischen Staaten vorbeigekommen ist. Staatspräsident Nasser hat gegenüber dem deut-

neralkonsulat" erhalten, ohne daß ihr aber die für Konsulate übliche Vollmacht, das Exequatur, erteilt wird. Ein ägyptisches Konsulat in Ostberlin ist nicht geplant.

Damit ist die Vereinigte Arabische Republik bis an die Grenze dessen gegangen, was für die Bundesrepublik noch erträglich ist. Schon die Erteilung des „Exequaturs“ hätte eine bedenkliche Lage heraufbeschworen. So aber fand die Bundesregierung es nach dem

Bericht Bundesaußenminister Dr. von Brentanos ausreichend, gegenüber Nasser das Bedauern der Bundesrepublik über seinen Entschluß auszusprechen und im übrigen festzustellen, daß die ägyptische Politik „in ihren Grundlinien unverändert“ geblieben sei. Man will die Unfreundlichkeit Kairo's auch nicht durch einen Abbruch der Verhandlungen über eine deutsche Beteiligung am Bau des Assuandamms vergelten. Offenbar soll das labile Gleichgewicht nicht durch dramatische Gesten in Gefahr gebracht werden. Botschafter Dr. Becker wird in gut acht Tagen nach Kairo zurückkehren.

Gefängnis für Walleiser

Köln (ap). Der Zweite Strafsenat des Oberlandesgerichts Köln verurteilte den 37jährigen Bonner Journalisten Gerhard Walleiser wegen landesverräterischer Beziehungen zum sowjetzonalen Geheimdienst, staatsgefährdenden Nachrichtendienstes und Agententätigkeit sowie wegen Unterschlagung zu zwei Jahren und zehn Monaten Gefängnis. Außerdem wurde dem Angeklagten das aktive und passive Wahlrecht für die Dauer von drei Jahren und die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, für dieselbe Zeit aberkannt. Das Gericht folgte damit dem Antrag des Staatsanwalts.

Loritz geflüchtet

Bremen (ap). Der frühere Vorsitzende der bayerischen Wirtschaftlichen Aufbauvereinigung, Alfred Loritz, der während eines Meineidprozesses kürzlich wegen Fluchtverdachts verhaftet, dann aber auf Anordnung des Gerichts wieder entlassen wurde, da keine Fluchtgefahr bestehe, ist wenige Tage später geflüchtet. Bereits vor etwa zehn Jahren war Loritz in ein Meineidverfahren verwickelt, dem er sich durch die Flucht in die Schweiz entzog.

schen Botschafter in Kairo, Dr. Becker, die Äußerung des Ministerpräsidenten der Sowjetzone, Grotewohl, daß zwischen Kairo und Ostberlin konsularische Beziehungen aufgenommen werden sollten, richtiggestellt. Nach dem Bericht Beckers, der sich zur Zeit in Bonn aufhält, soll nur die Handelsmission, die das Regime der Sowjetzone in Kairo unterhält, die Bezeichnung „Ge-

Grotewohls Reise nach Indien

DT. Grotewohl hat nun seine aufänglichen Besuche in den neutralen Ländern hinter sich gebracht. Der große bleibende Erfolg wurde ihm nicht vergönnt. Seine „DDR“ wird auch von Nehru nicht anerkannt. Kleine Erfolge sind jedoch zu registrieren wie immer, wenn ein Fremdling mit höflichen Worten in fremden Gebieten erscheint, wo man ihn schon ob seiner Absonderlichkeit zur Kenntnis nimmt, ihm zuhört, nach Möglichkeit beipflichtet und ihn dann schleunigst weiterreicht. Zu diesen kleinen Erfolgen gehört, daß Grotewohl sein Regime zumindest ins Gerede bringen konnte in diesem fernen Erdteil, dessen Politiker in der Sowjetzone nichts anderes als das vorgeschobene sowjetische Einflußgebiet sehen.

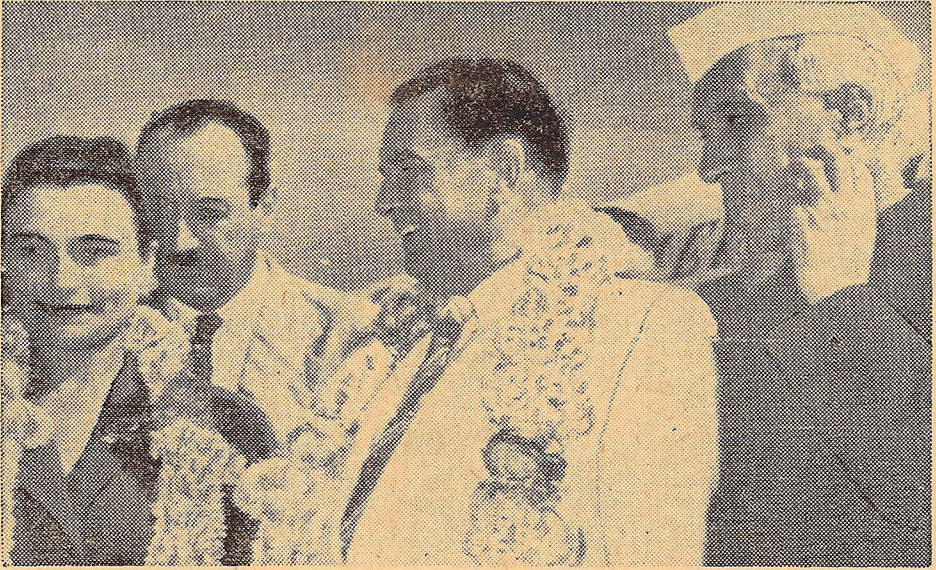
Nun also war Grotewohl für fünf Tage in Indien, als „Ministerpräsident“ eine nicht vorhandene Eigenständigkeit bekundend, die schließlich zur grotesken Anbiederung an Nehru wurde. Der Mann aus Pankow scheute sich nicht, wörtlich vor der Presse in Neu Delhi zu betonen: „Ich erklärte Nehru, daß die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die die Grundlage der Außenpolitik Indiens sind, auch unsere Außenpolitik bestimmen.“ Allerdings konnte er nicht berichten, daß ihm Nehru diese Beteuerung geglaubt hat; er dürfte sie nicht geglaubt haben. Am Beispiel Berlin beweist die Außenpolitik des Zonen-Regimes jedenfalls nicht erst seit heute

und gestern, wie sie die Prinzipien des friedlichen Nebeneinanderlebens praktiziert.

Grotewohl konnte nur damit rechnen, von den neutralen Asiaten als das empfangen zu werden, was er wie jeder andere seiner Kollegen im Ostblock wirklich ist: Keinesfalls ein Neutraler oder gar ein Neutralist, sondern ein Beauftragter Moskaus. Die Behutsamkeit im Verkehr mit der Sowjetunion ließen es deshalb Nehru wie auch Nasser und Kassar geboten erscheinen, mit Grotewohl verbindlich-unverbindlich zu konferieren, vielleicht ihm sogar ein paar Kleinerfolge auf wirtschaftlichem oder kulturellem Gebiet in Aussicht zu stellen, um das eigene empfindliche Verhältnis zu Moskau nicht zu stören. Kein Grund für Pankow, sich darauf etwas einzubilden.

Ein Pankower John

W. Bonn (Eigenmeldung). In Bonn scheint es jetzt einen umgekehrten „Fall John“ zu geben. Vor einiger Zeit ist der Vizechef der sowjetzonalen Abwehr in den Westen übergelaufen. Bisher ist diese Tatsache geheimgehalten worden. Am Donnerstag soll der Betreffende aber in Bonn zum erstenmal in einer Pressekonferenz des „Volksbundes für Frieden und Freiheit“ vor die Öffentlichkeit treten.



BILDER DER WOCHE. Oben: Blumen für die Gäste. Jugoslawiens Staatschef Tito (Mitte) und seine Frau Jovanka (links) bei ihrer Ankunft auf dem Flughafen von Neu Delhi, wo sie von Ministerpräsident Nehru (rechts) begrüßt wurden. — Unten: Im größten Schwimmdock Europas bei der Hamburger Deutschen Werft wird gegenwärtig die 29 500 BRT große „Hanseatic“ überholt. Mitte März wird sie den Linienverkehr im Nordatlantik wieder aufnehmen.

